

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Forsdorf, Etzsch, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und KleinReinberg, Klinga, Köhler, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erkennnt wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 800.— ohne Auslagen, Post einschl. der Postgeb. monatlich freibl. Mk. 900.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6te Spalte, 10 Zeilen 80.— Mk., auswärts 75.— Mk. Amtlich. Teil Mk. 100.—, Reklameteile Mk. 150.—, Beilagegeb. Nummer Mk. 2000.—, Schwierig. 50% Aufschlag. Annahme der Anzeigen, bis 10 Uhr vormitt. des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Bernstr. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: König & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 19

Freitag, den 16. Februar 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

Die Ausgabe der Protokolle findet Sonnabend, den 17. d. M. im Vorraum zu den Ratsgeschäftsräumen, Rathaus, Markt 1, I. Etage in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags statt.
Es wird erwartet, daß möglichst alle Karten während der festgesetzten Ausgabezeit abgeholt werden.
Naunhof, den 15. Februar 1923. Der Bürgermeister

Die Reichseinkommensteuer auf die 1. Rate 1923, fällig am 15. Februar d. J., ist bis längstens den 5. März d. J. an die hiesige Stadtkasseneinnahme abzuführen.
Naunhof, am 15. Februar 1923. Der Bürgermeister

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Reichspräsident Ebert und Innenminister Döberl sprachen in Darmstadt über die Ziele des Abwehrkampfes gegen die Franzosen.
- Unter einer Reihe neuer Gewalttaten im besetzten Gebiet ist die Verhaftung des Bürgermeisters von Essen hervorgehoben.
- Die französische Regierung will eine Anleihe von 13 Milliarden Frank zur Deckung des Defizits im Etat aufnehmen.
- Bonar Law verurteilt in seiner Unterhausrede die Ruhrbesetzung, erklärte aber, daß England seinen Grund zur Intervention habe.
- Lord Grey verlangte im Oberhaus einen Schiedspruch des Völkerbundes über die Ruhrbesetzung.

Ende der Entente?

Unsere Verständigung mit Amerika wird unsern Einfluß auf dem europäischen Festland verdrängen, ja verdrängen. Es wird es uns nicht nur viel leichter machen, Frankreich zu überwinden, seinen verfallenen Plan, Deutschland zu ruinieren, aufzugeben, sondern es wird es auch für Frankreich einfacher machen, seine Politik zu ändern, ohne „Sefect“ zu verlieren.
Was so die englische, früher sehr franzosenfreundliche Wochenzeitung „Spektator“ vor einigen Tagen schrieb, deckt sich gedanklich und zielsicher mit dem, was der englische Ministerpräsident Bonar Law vor den Abgeordneten in der Unterhausrede, deutscher in seinen eigenen Ergänzungsworten bei der Eröffnung des Unterhauses sagte. Gleichzeitig werden offiziell alle angeblich bevorstehenden englischen Interventionen zwischen Deutschland und Frankreich wegen der Ruhrfrage demontiert. Die Unterrede will die französische Aktion nicht billigen oder mitbilligen, ihr aber keine Schwere beilegen, — natürlich, um bei einem etwaigen Scheitern nicht von den Franzosen als Schuldiger bezeichnet zu werden.
Bonar Law's Rede versuchte eine politisch vollkommen überflüssige Unterredung der französischen Seelenzustände: einmal will Frankreich Geld von Deutschland haben, viel Geld, was man angesichts des gewaltigen Defizits im französischen Budget verfehlen könne. Und auf der anderen Seite habe es eine noch gewaltigere Angst vor einem kräftigen Deutschland der Zukunft, das dann zwar zahlen könne, aber vermutlich nicht wolle. Die Ruhraktion habe aber den ersten Wunsch nicht erfüllt, denn herausbekommen aus dem Ruhrgebiet haben die Franzosen bisher so gut wie garnichts. Diese Feststellung ist wertvoller, allerdings trifft sie ja gar nicht den Kernpunkt des französischen Borgebens. Das ist machtpolitisch, nicht wirtschaftspolitisch eingestellt. Darum ist es gleichgültig, wenn Bonar Law hinzusetzt, Frankreich habe durch die Ruhraktion sowohl sich selbst als auch Deutschland ein großes Unheil zugefügt.

Sensational sind aber seine Ausführungen über das Verhalten der englischen Truppen im Brückenkopfschloß. Bonar Law erklärte nämlich, er wisse nicht, ob es möglich sein werde, sie dort zu belassen. Die Frage sei noch nicht akut, aber sie könne akut werden. Er weiß nämlich genau, daß Frankreich nichts seduzierender wünscht als den englischen Abmarsch. „Wenn uns unsere englischen Freunde den Gefallen tun würden, Köln und die ganze englische Zone zu verlassen, dann müssen wir mit den treuen Belgieren zusammen die französische Rheinpolitik endlich durchzuführen.“ Schreibt der frühere Sozialist, aber jetzt freizügige Chauvinist Hervé in seiner „Viktoria“. Man wäre dann frohlich unter sich und könnte machen, was man schon lange will. Wir haben in Deutschland die praktisch richtige Empfindung — theoretisch mag man anders urteilen —, daß der englische Abmarsch für uns verhängnisvoll wäre, wenn er bloß eine Geste bleibt. Und geben Bonar Law recht, wenn er seinen Worten: die französische oder die deutsche Regierung würde es vielleicht den englischen Truppen unmöglich machen, in Köln zu bleiben“ hinzusetzt: „das würde ein großes Unglück sein“. Nämlich für England, meint Bonar Law dabei; es würde in weitestem Maße das Ende der Entente bedeuten, wenn England seine Truppen zurückzöge. Das ist keine Geste mehr, sondern eine Drohung.

Wobei man sich allerdings zu fragen hat, ob Poincaré denn auf die ganze Entente überhaupt auch nur das geringste Gewicht legt. Es ist ihm gar nicht recht, daß England durch die Belassung seiner Truppen in Köln noch „Nähe“ mit der Lage habe“. Die Zukunft macht ihm gar keine Sorge, auch nicht, daß Bonar Law darauf hofft, es werde irgend ein Ereignis eintreten, das England gestatten würde, in nützlicher Weise zu intervenieren. Der Außenminister Lord Curzon hat dann hinzugesetzt,

im Lichte der Argumente finde die Wagschale zugunsten der Belassung der englischen Truppen am Rhein. Zurzeit sei aber irgend eine Intervention im deutsch-französischen Konflikt zum Mißerfolg verurteilt.

Bonar Law's Rede im ganzen genommen ist schärfer gegen Frankreichs Vorgehen eingestellt, als man erwarten mußte. Sie bleibt aber — Rede. Wenn Lord Grey gleichzeitig im Oberhaus die Haltung Frankreichs verurteilt, weil sie zu einem Unheil führe, ebenso aber die englische Politik der „gekrenzten Arme“ als falsch bezeichnet, so hat das alles für uns keinen praktischen Wert. Die „Times“ haben nicht unrecht, wenn sie schreiben: „Die Tradition enger Freundschaft mit Frankreich und speziell die lebhafteste Erinnerung an die Kriegskameradschaft verbindet noch viele Engländer daran, die vollen Konsequenzen der halsstarrigen französischen Propaganda für uns und die Welt zu begreifen.“ An einer Umstellung dieser Gesinnung arbeitet mit energischer Kraft niemand besser als — Poincaré, und er wird über die Rede Bonar Law's nicht gerade erfreut sein. Aber in der Verfolgung seines Zieles werden ihm auch die Reden oder Redensarten seines englischen Kollegen nicht hindern. Daran kann ihn nur hindern das deutsche Aussehen.

Ein Abänderungsantrag.

Ein Abänderungsantrag der Arbeiterpartei erklärt, die augenblickliche ernste und gefährliche Lage der Dinge in Europa und im nahen Osten sei die sichere Quelle künftiger Kriege und bedeute eine ernste Verschärfung der Arbeitslosigkeit und eine Verminderung der Löhne in Großbritannien.

Enttäuschung in Frankreich.

Die Unterhausrede hat in der öffentlichen Meinung in Frankreich schwere Enttäuschung hervorgerufen. „Welt-Warrior“ bemerkt zu der Rede Bonar Law's, es sei klar, daß England den geeigneten Augenblick für eine Vermittlung abwartet. Man müsse fragen, welche Art von Vermittlung denkbar sei in einem Kampf, der von den Deutschen selbst als ein Kampf auf Leben und Tod bezeichnet worden sei. Die „Libre Parole“ meint, Poincaré werde das französische Volk einer Täuschung preisgeben, wenn er daran setze, daß Frankreich mit den Verbündeten vereint bleiben müsse. Der „Gaulois“ sieht den Hauptgegenstand zwischen Frankreich und England darin, daß England glaube, daß Deutschland nach einigen Monaten abzugeben bereit sei. Frankreich dagegen sei davon überzeugt, daß Deutschland nach einer mehrjährigen Kampfpause fast genug wäre, um überhaupt nicht mehr zu zahlen, sondern eher um einen neuen Krieg zu führen. (1)

Das Abriegelungsgebiet.

Der Mißerfolg der Gewalt.

Die härteste Schlagader der europäischen Wirtschaft wurde das Ruhrgebiet jetzt im englischen Parlament genannt, und die Mißbilligung der Gewaltanwendung der Franzosen gegen diesen äußerst empfindlichen Organismus zieht auch im Ausland immer weitere Kreise. Der große Umfang des Territoriums, welches die Franzosen und Belgier jetzt hermetisch vom übrigen Deutschland abzusperren suchen, geht aus der Karte hervor, aus den Aufzeichnungen der französischen Presse aber erkennt man, zu welchem Mißerfolg diese Gewaltanwendung geführt hat. Man kann in Pariser Blättern das Eingekündigte lesen: „Nicht wir haben die Ruhr, sondern die Ruhr hat uns“



oder: „Wenn wir auch keinen Nutzen aus der Ruhraktion ziehen können, so soll wenigstens Deutschland auch keinen Nutzen mehr vom Ruhrgebiet haben.“

Die neue Parole „Verrückung des Ruhrgebietes“ wird den Franzosen ebenso wenig nützen, wie die bisherigen Reaktionen. Sie ist ja auch viel mehr nur dazu bestimmt, uns zu schaden.

Die Ziele der Reichsregierung.

„Ein Wille, ein Weg und ein Sieg.“

Die Reise durch Süddeutschland, die den Reichspräsidenten Ebert mit den Reichsministern Döberl und Dr. Albert weiter von Mannheim nach Darmstadt führte, mündete dort in eine eindrucksvolle Rundgebung gegen den räuberischen Einfall der Franzosen in deutsches Land, an der alle Bevölkerungskreise teilnahmen.

Reichspräsident Ebert betonte in seiner Ansprache, daß es sich bei dem französischen Unternehmen um die alten, jahrhundertelangen Bestrebungen der französischen Politik handele, nicht nur am Rhein, sondern auch in Deutschland zu herrschen. Nord- und Süddeutschland sind in der Abwehr auf Tod und Leben miteinander verbunden. Der Reichspräsident schloß mit einem Appell, zusammenzutreten, Unterschiede in der Welt- und politischen Anschauung zurückzustellen und alle Gedanken und Kräfte zusammenzufassen auf das große Ganze, um das es sich jetzt handelt. Unsere Parole muß sein: Ein Wille, ein Weg und ein Sieg.

Reichsminister Döberl sagte u. a.: Wir haben keine Macht, mit Kriegsmaschinen gegen die Franzosen vorzugehen. Nicht ein Schuh darf von deutscher Seite abgegeben werden. Wir stützen uns auf das verlegte Recht, wir führen den Kampf als einen Kampf des Rechts gegen brutale Gewalt. Wir kämpfen für die Kultur. Wir kämpfen für das Recht, wir sind die Vorkämpfer der Freiheit in der Welt. Das sind unsere Ziele.

Bei der Abreise nach Berlin gab die Studentenschaft der Technischen Hochschule dem Reichspräsidenten und den Reichsministern unter dem Gesang vaterländischer und studentischer Lieder das Geleit bis zur Abfahrt des fahplanmäßigen Zuges, mit dem die Herren nach Berlin zurückkehrten.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Rohlensteuer und Kohlenpreis.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Kohlensteuergesetzes, das aus Anlaß der am 31. März ablaufenden Gültigkeitsdauer des bisherigen Gesetzes vorgelegt wurde. Es wurde grundsätzlich festgestellt, daß die Kohlensteuer bei einem wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand unter gleichzeitiger Angleichung der Zinsfußes an die Weltmarktpreise nicht ausrechenbar werden kann. Bei der Erörterung der Kohlenpreise wurde festgestellt, daß die Preise im Kleinverkauf meist bis 200 % Zuschlag zu den Zechenpreisen tragen. Der hohe Zuschlag ist zum Teil auf die Frachten, zum anderen auf den Zwischenhandel zurückzuführen. Von den Vertretern der Verbraucher wurde die Verbilligung des Hausbrandes gefordert. Eine Rückvergütung der Kohlensteuer wurde abgelehnt.

Noch kein Ministerpräsident in Sachsen.

Unter säkularischen Zusammenhören wurde im sächsischen Landtag zum zweitenmal der Versuch unternommen, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Der Versuch scheiterte abermals. Die Wahl verlief ergebnislos. Für Buch (Soz.) wurden 40, für Dr. Kaiser (D. Volksp.) 19 Stimmen, für Hofmann (Deutschnat.) 15, für Vötker (Komm.) 10 und für Dr. Seyler (Dem.) 8 Stimmen abgegeben. Darauf gab Abg. Beutler namens der deutschen nationalen Fraktion die Erklärung ab, wenn auch die nächste Wahl wiederum ergebnislos verlaufen sollte, werde seine Fraktion den Antrag auf Landtagsauflösung einbringen, weil dann die Unfähigkeit dieses Landtages, die Staatsgewalt zu seinem Ziele auszuüben, dargetan sei.

Frankreich.

× Schlechte Lage des Staatshaushalts und Mißverhältnisse. Der französische Finanzminister hat dem Bureau der Kammer einen Gesetzentwurf übermittelt, der die Genehmigung zur Ausgabe einer Anleihe von 13 Milliarden Frank vorsieht.

Der ungedeckte Bedarf des französischen Staates entspricht einer Summe von 22 Billionen deutscher Papiermark. Er dürfte sich bei weiterer Fortsetzung des kostspieligen und unrentablen Ruhrabenteuers bald noch vergrößern.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Einigen Meldungen zufolge soll ein Besuch des Reichskanzlers im Laufe der Woche in München angeordnet worden sein. Diese Meldungen beruhen auf einem Irrtum. Dr. Cuno begibt sich nicht nach München.

Berlin. Die ersten von der Reichsbank garantierten sogenannten belgischen Reichsschatzwechsel sind am 15. Februar fällig. Die Reichsbank hat die Valuta in Höhe von rund 46 Millionen Goldmark in London für die Einlösung bereitgestellt.

Berlin. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und braunschweigische Minister Oswald Hagedorn hat auf der Straße einen Schlaganfall erlitten und war sofort tot. Hagedorn vertrat im Reichstag den Wahlkreis 6 (Wormsen). Er war 63 Jahre alt.

mittel und Kornwäcker. le Zufuhr ab. Pöline. Unerkennbar. Ihren noch an vielen in der Gebirg Prediger

enhaffer. Vor Firma Borfig schollowalcher Abmahlung des am 23. Januar kleiner Zeitung. reit und die waren, ange- stete auf leicht überige Unabge- Strauß. t. daß er aus von 15 Millio- sel. Reimann

uar 1923. 40 Ma- 80 Ma- 30 Ma- 200-300 Ma- 300 Ma- 250 Ma- 100 Ma- 80-150 Ma- 1285 Ma- 1550 Ma- 00-95000 Ma-

arzen besetzt gefahrlos. — „Wien glänzend. Proc. erdähnlich. Kultur-Publik. str. 18.

ng

igende

M:

000 Mt.

000 "

000 "

000 "

rkbesitzer

Der Vorstand.

hnhof:

ipzig

Hof.

is 5

en sofortige gute

Werbung.

en werden.

is Blattes.

hme beim

in Mutter.

nur hier-

bekanntem

l. Frau